

Leitartikel

## Wischiwaschi statt Wahlkampf



Diane Lecoursais

**P**ackende Duelle und heftige Schlagabtausche? Fehlzeitige. Wer sich auf eine spannende Wahlzeit gefreut hatte, der wurde enttäuscht. Der Wahlkampf war langweilig, und der Grund dafür wird beim Blick in die Programme - zumindest in jene der „Big 4“ - deutlich: Sie sind sich zum Verwechseln ähnlich, ohne eigenständiges Profil.

Es herrscht weitgehend Konsens, wohin die Reise gehen soll. Und auch bei der Frage, wie dies gelingen soll, sind alle mehr oder weniger auf einer Linie, ob in der Stadt oder auf dem Land: mit lebendigen Ortszentren, weniger Beton und mehr Grün. Mit weniger Verkehr und mehr sanfter Mobilität. Mit erschwinglichem Wohnraum und modernen Infrastrukturen. Mit Shared Spaces oder Tempo-30-Zonen. Nicht zu vergessen die Sicherheit, die alle Parteien nach dem jüngsten Vorstoß des DP/CSV-Schöffengerates relativ prominent in ihren Forderungen platzieren.

Immerhin: Darüber, was in Luxemburgs Städten und Dörfern in den vergangenen Jahr(zehn)en schiefläufig ist, insbesondere aus städtebaulicher Sicht, sind sich inzwischen alle einig. Trotzdem lesen sich die Programme wie eine Aneinanderreihung der immer selben Schlagwörter. Alle Themen anscheiden und ja nichts vergessen, was auch die anderen haben könnten. Selbst bei den „hippen“ und „innovativen“ Ideen ist

*Die Programme  
lesen sich wie eine  
Aneinanderreihung  
der selben Schlagwörter.*

der Wortlaut bisweilen identisch. Mit Tiny houses und Repair-Cafés etwa versuchen gleich alle vier großen Parteien zu punkten. Alleinstellungsmerkmale sind rar, stattdessen rennen alle denselben Trends hinterher.

Nun ist Einigkeit grundsätzlich gut, könnte man meinen. Beliebige austauschbare Floskeln zeugen jedoch von fehlenden Prioritäten. Stattdessen gibt es ein regelrechtes Sammelsurium an unrealistischen, weil nichtssagenden oder nicht klar definierten Versprechen, die nach der Wahl im Sand zu verlaufen drohen.

Es geht eben doch in erster Linie um Personen, und nicht um Programme. Die nationalen Rahmenprogramme sind ohnehin ein schwieriges Konzept. Die Probleme in den einzelnen Gemeinden mögen sich ähneln, doch haben alle Kommunen ihre Eigenheiten. Dennoch: Gerade für Erstwähler und Unentschlossene liefern die Programme, ob lokal oder national, eine wichtige Orientierungshilfe. Dies umso mehr, wenn es auch bei Rundtischgesprächen, Face-à-face-Formaten und Co. an hitzigen Debatten fehlt.

So oder so: Bis Sonntag, 14 Uhr, müssen alle Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidung getroffen haben. Danach wird es dann tatsächlich spannend, wenn Koalitionspläne geschmiedet und um Posten gefächelt wird. Die Wahlplakate entlang der Straßen werden derweil nach und nach aus dem Stadtbild verschwinden, der temperamentlose Wahlkampf ist beendet. Bleibt zu hoffen, dass der fehlende Tiefgang bei den Inhalten kein Vorgeschmack auf die Nationalwahlen im Oktober war. Dafür sind die Probleme, vor denen das Land steht, dann doch zu groß.

Kontakt: [diane.lecoursais@wort.lu](mailto:diane.lecoursais@wort.lu)

Politik	2-13
Luxemburg	20-26
Notdienste	28
TV-Programm	32-37
Todesanzeigen	66-71
Wirtschaft	78-84
Kultur	86-88
Panorama	89-91
Sport	92-94

### Luxemburger Wort

www.wort.lu  
Telefon 4993-1 / Abo-Hotline 4993-9393  
Verleger: Mediahuis Luxembourg

## „Nichts dem guten Zufall überlassen“

Resilienz ist ein Lieblingswort der Innenministerin. Taina Bofferding will, dass Gemeinden im Notfall widerstandsfähig sind

Von Marc Schlammes

Es ist das Katastrophenszenario schlechthin: Stromausfall. Im ganzen Land. Und dann?

Dann gilt es, in den Krisenmodus zu schalten, nicht zuletzt, um vitale Versorgungskanäle aufrechtzuerhalten. Widerstandsfähigkeit oder Resilienz lautet das Modewort dafür. Es hat seit einigen Jahren Hochkonjunktur. Erst während der Corona-Pandemie. Dann, im Zuge des russischen Kriegstreibens in der Ukraine, mit Engpässen bei der Energieversorgung. Und zwischendurch, im Sommer 2021, mit verheerenden Wetterextremen.

### Kein Thema für Wahlprogramme

Resilienz betrifft Bürger, Betriebe, Behörden, Staat und Gemeinden. Und auch wenn in den Wahlprogrammen kaum bis gar nicht von Krisen und Krisenmanagement die Rede geht - die Wähler sollen nicht verschreckt, sondern stattdessen mit positiven Punkten wie der Aussicht auf neue Infrastrukturen für Bildung, Betreuung, Kultur und Sport beglückt werden, so pocht Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) darauf, dass in den Kommunen der Begriff der Resilienz mit Leben erfüllt wird.

Die Infrastrukturen sind für sie denn auch ein passendes Beispiel, um praxis- und realitätsbezogene Resilienz zu veranschaulichen: „Die Gemeinden müssen sich in stärkerem Maße damit beschäftigen, wie bauliche und urbanistische Aspekte Naturgewalten trotzen können“, so die Ministerin. Im Gegenzug dafür ist ihr Ministerium auch bereit, höhere Zuschüsse zu gewähren. Als ein Beispiel führt sie die Gemeinde Rosport-Mompach mit ihrer neuen Maison Relais an: Hochwasserschutzmaßnahmen wurden getroffen, ein Teil der Mehrkosten übernahm der Staat.

Dieses Vorgehen bettet sich ein in die Interpretation der Resilienz, die die Ministerin in vier Phasen einteilt: Gut vorbereitet sein, vorausschauend handeln, mögliche Schäden minimieren und im Fall einer Katastrophe wieder rasch funktionsfähig sein. Diese Herangehensweise sollen die Gemeinden verinnerlichen.

### Resilienz und Fusionen

Die Förderung der Widerstandsfähigkeit ist ein Argument, das für Fusionen spricht. „In schwierigen Momenten sind es vorwiegend die kleinen Gemeinden, die extrem ins Straucheln geraten“, steht für Taina Bofferding fest: „Das ist weder zukunftsfähig noch resilient und also ein Argument, um sich anders aufzustellen und eine Fusion ins Auge zu fassen.“

Das sieht auch das Koalitionsprogramm aus 2018 vor. Seit Anfang 2022 funktioniert im Innenministerium folglich eine Arbeitsgruppe, die sich der Thematik widmet. Mittlerweile sind darin neben dem Dachverband der Gemeinden und vier interkommunalen Syndikaten auch 45 Gemeinden vertreten.

Das ist knapp die Hälfte aller Kommunen. Doch Taina Bofferding erinnert daran, dass das Interesse zu Beginn noch geringer war: Bei einem ersten Aufruf hätten gerade mal zwölf Gemeinden Interesse bekundet, nach den Hochwasser-Dramen im Juli 2021 sei das Bewusstsein für die Thematik plötzlich eine andere gewesen.

Die Gemeinden müssen sich in stärkerem Maße damit beschäftigen, wie bauliche und urbanistische Aspekte Naturgewalten trotzen können.

Taina Bofferding, Innenministerin

Emile Eicher (CSV) schildert, weshalb die Arbeitsgruppe ihre Daseinsberechtigung hat: Es gehe darum, eine Methodik zu entwickeln, wie man im Ernstfall effizient zu reagieren imstande sei, und es gehe darum, die Gemeindevertreter für die Vielfalt an Krisenszenarien zu sensibilisieren, so der Syvicol-Vorsitzende. „Wir reden immer nur über Cattenom“, gibt Eicher zu bedenken. „Wie aber gehen wir mit einem Cyberangriff, einem Stromausfall oder einer Trinkwasservergiftung um?“

### Zwei K-Punkte: Kommunikation und Krisenpläne

Um sich damit auseinanderzusetzen, tauscht sich die Arbeitsgruppe mit den zuständigen Akteuren aus. Ob nun mit Meteolux, mit der Santé oder den Energieversorgern. Ziel sei es, ein engmaschiges Netzwerk an Kontakten zu knüpfen, so Tom Henrotte, der die Arbeitsgruppe im Innenministerium koordiniert.

Da kommt dann die von Eicher erwähnte Methodik ins Spiel. Krisenpläne werden benötigt, um notfalls zu wissen, wer wann was zu tun hat. Da dies für viele Gemeinden Neuland darstellt, sollen, so Henrotte, generell gültige Vorlagen erstellt werden, die sie nur auszufüllen brauchen. Zwei Aspekte sind dabei besonders wichtig. Zum einen muss gewusst sein, was an Ressourcen - Material, Personal - verfügbar ist. Bei dieser Bestandsauf-

BOF

Res  
Fel



Emile Eicher: Bei Katastrophenszenarien nicht nur an Cattenom denken. Foto: Guy Jalay



Taina Bofferding: Bis zu den Hochwasser-Dramen im Sommer 2021 bestand nur mäßiges Interesse an der Arbeitsgruppe. Foto: Anouk Antony

nahme dient das CGDIS als Vorreiter; im Zuge der Zusammenlegung von Feuerwehr und Zivilschutz wurde ein derartiges Inventar erstellt. Nach Dafürhalten von Emile Eicher soll diese Bestandsaufnahme in der Breite erfolgen – schließlich müsse man je nach Szenario auch Betriebe oder Bauern – wenn beispielsweise riesige Mengen an Löschwasser benötigt werden – mobilisieren können.

Zum anderen muss die Kommunikation klappen. Was bedeutet, dass die Botschaften bei der betroffenen Bevölkerung ankommen – und dass die Menschen die Botschaft auch verstehen und entsprechend zu reagieren wissen. Rückgrat der Kommunikation ist das nationale Warnsystem LU-Alert, wo seit Mai 2022 eine umfangreiche Sirenen- und SMS-Testphase läuft, die nun vor ihrer nächsten

Etappe steht, mit unangemeldeten Handy-Nachrichten (und dem Entwarnung gebenden Hinweis „keine Handlung erforderlich“). Bofferding und Eicher betonten dabei, wie wichtig es ist, das Bewusstsein der Bürger für die Krisenkommunikation zu schärfen.

Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung betrifft auch die Lokalpolitiker. So soll Krisenmanagement Bestandteil der Schulungen sein, die nach den Kommunalwahlen angeboten werden, „damit Bürgermeister beispielsweise verstehen, dass sie im Krisenfall eine Rolle zu spielen haben“, so die Innenministerin. Wichtige Erfahrungswerte zu den jeweiligen Zuständigkeiten seien dabei seit Juli 2018 und der Schaffung des CGDIS gesammelt worden, ergänzi Taina Bofferding.

„Wir wollen nichts dem guten Zufall überlassen“, pocht die Innenministerin auf die Bedeutung aufeinander abgestimmter Prozeduren, wenn es darauf ankommt. An der Bereitschaft, zu helfen, sollte das Unterfangen nicht scheitern. Solidarität und Pragmatismus seien stets großgeschrieben worden, erinnert Emile Eicher an vergangene Katastrophenfälle, wo die gemeindeübergreifende Unterstützung klappte: „Jeder ist bereit, zu helfen.“

Die verheerenden Hochwasser im Sommer 2021 haben das Bewusstsein für ein angemessenes Krisenmanagement geschärft.

Foto: Gerry Huberty



● Jeder ist bereit, zu helfen.

Emile Eicher, Syvicol-Präsident